

# **Die Linke – wichtige Bildungspolitische Aussagen zur Landtagswahl 2009**

Auszüge aus

„**Konsequent sozial!** Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken – Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.

**Wahlprogramm der LINKEN Brandenburg zur Landtagswahl 2009**

Beschluss der 4. Tagung des 1. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg

## **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

### **Was wir haben – und was wir brauchen**

Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht, mehr denn je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung über diese Freiheitsgüter entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten permanenten Wandels und über die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität. Knackpunkte sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu kommt die chronische Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht, dass dieses Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben vorbereitet. Zu Recht: 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss, nur 13,5 Prozent eines Altersjahrgangs erlangen einen Hochschulabschluss. Die Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl weiterhin von SPD und CDU bestimmt wird, wird sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im Wahlkampf zum Trotz. Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

### **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den Bildungserfolg ist jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames Lernen und ein Höchstmaß an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwachsenden nach seinen Stärken und Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in den Schulalltag und vor allem mehr Zeit für den individuellen Dialog zwischen Lehrer und Schüler. Diese Zeit kann nur gewonnen werden, wenn die Klassen in den Schulen und die Gruppen in den Vorschuleinrichtungen kleiner werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die verbesserte Personalausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung

zukunftsfähiger Bildungskonzepte. Darüber hinaus muss endlich der Skandal beendet werden, dass Unterricht in Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen Notlösungen kaschiert wird. Um dies zu erreichen, muss der Abbau der Lehrerstellen in Brandenburg sofort gestoppt werden. Was für die Schule richtig ist, gilt ebenso für die Kindertageseinrichtungen: Je kleiner die Gruppen, desto mehr persönliche Zuwendung, menschliche Wärme und vorschulischer Bildungsfortschritt.

Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in den Kindertagesstätten. Bei den unter Dreijährigen muss sie zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6 Kinder) und bei den 3- bis 6-jährigen von 1 zu 13 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt werden. Noch in dieser Legislaturperiode streben wir für die 3- bis 6-jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an. Es wird mit uns einen Stufenplan zur Verbesserung der Leitungsfreistellung und zur Anerkennung der wirklich geleisteten Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher geben.

Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch zu mehr Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen bzw. Gruppen. Das beginnt beim Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht nur 4,4 Prozent des brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern 7 Prozent davon müssen in die Bildung fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von der Kita über die Schule, Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig beitragsfrei wird.

### **Auf den Anfang kommt es an**

Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung und Betreuung. Die Kindertagesbetreuung bedarf eines hohen professionellen Niveaus, damit Kinder frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext ermöglicht wird. Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen schon bei vierjährigen Kindern einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine Qualifizierungsoffensive an. Die Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir ausbauen.

### **Eine Schule für alle**

In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und voneinander lernen. Eine solche Schule für alle stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Davon profitieren auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen besonders gut von Kindern. Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt Selektion. Sie erreicht so zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust auf Leistung entsteht durch Freude am Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren wie Zulassungsbeschränkungen, Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf Faktenwissen, sondern zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude, Flexibilität, soziale und personelle Kompetenz.

Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von Kindern und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein.

Wohnortnähe von Kitas und Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation von Heranwachsenden mit dem sie umgebenden Wohnumfeld.

Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in Form der Gemeinschaftsschule ein. In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu verbessern und erste Schritte auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen einzuleiten. Wir wollen es Schulen ermöglichen, auf freiwilliger Basis über eine Öffnungsklausel im Schulgesetz als Gemeinschaftsschule zu arbeiten. Unser schulpolitischer Weg für die nächsten Jahre sieht daher folgendes vor:

Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können. Das System der Flexiblen Eingangsphase (FLEX), in der in den ersten zwei Schuljahren jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, werden wir ausweiten, bis es letztlich flächendeckend besteht – bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung. Die Angleichung der Rahmenbedingungen, wie u. a. Bildungsauftrag in Rahmenlehrplänen und bei der Stundenzuweisung, für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis Klasse 10 soll zu mehr Durchlässigkeit beitragen und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bei entsprechenden Leistungen von der Oberschule auf das Gymnasium zu wechseln. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden wir stärker in den gemeinsamen Unterricht an allgemein- und berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es der Ausbildung und des Einsatzes von deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben dem gemeinsamen Unterricht auch an Förderschulen unterrichtet.

Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung für die Schulen – dazu gehört auch die Erweiterung der Leitungsfreistellung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir schaffen mehr und bessere Ganztagschulen und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe. Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung an allgemein bildenden Schulen werden wir verstärken.

Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen können. Außerdem werden wir Schritte zur Erhöhung der Zahl der Schülerinnen und Schüler einleiten, die pro Altersjahrgang die Schule mit einem Abiturabschluss verlassen.

Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu gestalten und als Landesaufgabe zu finanzieren.

## **Gutes Personal**

Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren Stellenkürzungen geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der Grundlage der tatsächlichen und zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte, um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern. Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören außerdem mehr SchulpsychologInnen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen. Die Lehrerausbildung muss praxisorientierter werden. Wir wollen ermöglichen, sich auch an den Hochschulen und in der Wirtschaft fortzubilden.

## **Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend**

Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht aus. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen einsetzen. Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und Gedenkstättenverbände, die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür gestärkt werden. Die Voraussetzungen für interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns nach der Verabschiedung des „UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ein besonderes Anliegen.

Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische Identität stärkt und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit fördert.

Wir unterstützen die „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen

Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte, vor allem die unseres Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über Entstehung, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine Schule in Brandenburg verlassen. Besonders die Lehreraus- und -weiterbildung hat dafür Voraussetzungen zu schaffen. Durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit – wie von Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den politischen Dialog in Europa durch mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

DIE LINKE will mit einem Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache den längst überfälligen Beitrag Brandenburgs zur Umsetzung der europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische) gehört zu den am meisten bedrohten Sprachen – Europarat und UNESCO haben Brandenburg deshalb 2008 scharf kritisiert. Ein solches Konzept muss deshalb konkrete Schritte zur Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der Sekundarstufe I und II und zur Erweiterung des Netzes an sorbischen (wendischen) Kindertagesstätten enthalten, vor allem aber muss es die Qualität der sprachlichen Bildung sichern helfen. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die weitere Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger zum Abitur führender sorbischer (wendischer) Schule in Brandenburg. Vorrangige Aufgabe dieses Gymnasiums muss die Bewahrung der niedersorbischen Sprache sein. Damit die Vermittlung der Sprache auf hohem fachlichem Niveau im Zentrum der Arbeit der Schule stehen kann, bedarf es geänderter Rahmenbedingungen: Verzicht auf jegliche Versetzungen von sorbischen Lehrern in rein deutsche Schulen, Vorkenntnisse der sorbischen Sprache und Kultur als Einstellungsbedingung für neu an die Schule kommende Lehrkräfte. Darüber hinaus hat das Land die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Lehrer, die Niedersorbisch (Wendisch) im Sprach- wie im Fachunterricht vermitteln, zu erweitern und zu sichern, dass mehr und bessere Lehr- und Lernmaterialien in der Minderheitensprache erarbeitet werden.

## **Qualifizierte Berufsausbildung**

Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten Ausbildungsplatz. Das sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein. Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und Fähigkeiten, über die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können. Deutlich wird hier, dass Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden.

In anderen Fällen werden Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt, statt auf die Ausübung des gewünschten Berufes vorbereitet zu werden. Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir legen auf beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze und andererseits um starke und gute Berufsschulen.

Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden. Damit sich kleinere Unternehmen an der Berufsausbildung beteiligen können, streben wir eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Landesverwaltung nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die Ausbildungsquote hier ist minimal (1,77 Prozent im Ausbildungsjahr 2007/08) – wir hingegen orientieren uns an mindestens 6 Prozent im öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften. Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung für erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen Probleme berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium, um die fachgerechte Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur Sicherung der Qualität in Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung der Ausbildungseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Berufstätigkeit oder in eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen Barrieren geprägt. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem anerkannt werden. Im Interesse einer besseren Ausbildung von Benachteiligten wäre das Berufsvorbereitende Jahr durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und durch effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen.